

Zwischen Liberalismus und Etatismus

Sehr verehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

Deutschland hat gewählt. Doch was die Wahlentscheidung für uns Zahnärzte bedeutet, ist völlig offen. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Bayerischen Zahnärzteblatts stand noch nicht einmal fest, welche Koalition das Land künftig regieren wird. Offen war auch, wer das Gesundheitsressort leiten wird. Auch wenn die Wähler etwas anderes wollten, könnte das Land weiter nach links rutschen. Die Fünf-Prozent-Hürde hat dazu geführt, dass Millionen von Stimmen unberücksichtigt blieben. Das Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag wird sich noch bemerkbar machen. Die Union ist nun die einzige bürgerliche Kraft im Parlament. Sie muss den Spagat zwischen Liberalismus und Etatismus bewältigen. Es wird sich zeigen, ob ihr das gelingt. Und sie muss Zugeständnisse an ihren Koalitionspartner machen. Zudem regieren SPD und Grüne über den Bundesrat mit. Der Gestaltungsspielraum Angela Merkels ist also trotz des phänomenalen Wahlergebnisses der Union kleiner geworden. Ob die Wähler das gewollt haben?

Die neue Legislaturperiode wird also wieder von Kompromissen geprägt sein. Ein solcher Kompromiss war zum Beispiel der unter Ulla Schmidt eingeführte Gesundheitsfonds. SPD und CDU/CSU haben sich darauf eingelassen, weil sie glaubten, damit später ihre eigenen gesundheitspolitischen Ziele leichter durchsetzen zu können. Für die einen war er die Vorstufe zur Bürgerversicherung, für die anderen der Einstieg in ein System mit Kopfpauschalen. Weiterentwickelt oder abgeschafft wurde der Fonds aber auch unter Schwarz-Gelb nicht. Vielleicht wurde die FDP auch dafür abgestraft. Schließlich haben wir in Bayern bis heute unter dem Gesundheitsfonds zu leiden. Die Krankenkassen haben dadurch ihre Beitragsautonomie verloren, Millionen fließen aus Bayern in andere Bundesländer. Sie fehlen bei uns für die Patientenversorgung. Obwohl die Wirtschaft boomt und in Bayern praktisch Vollbeschäftigung herrscht, sind einige Krankenkassen klamm. Das sind die Auswirkungen der Umverteilungsmechanik des Gesundheitsfonds. Die CSU konnte damals nur eine laxen Konvergenzklausel durchsetzen.

Welche Kompromisse von der neuen Bundesregierung zu erwarten sind, bleibt abzuwarten. Als Ver-



Dr. Janusz Rat
Vorsitzender des Vorstands
der KZVB

tretung der bayerischen Vertragszahnärzte werden wir jedenfalls sehr genau hinsehen, was die Koalitionäre in der Gesundheitspolitik vorhaben. In kaum einem Politikfeld sind die Unterschiede zwischen dem bürgerlichen und dem linken Lager größer. SPD und Grüne wollen ein Gesundheitswesen, das noch stärker unter staatlichem Einfluss steht. Freiheit und Eigenverantwortung sind ihnen fremd. Sie wollen die Axt an das bewährte Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung legen. Ich kann nur hoffen, dass die Union sich diesen Tendenzen widersetzt. Wir haben im Vorfeld der Wahl intensive Überzeugungsarbeit geleistet und vor den Gefahren, die von einer Bürgerversicherung ausgehen, gewarnt. Sobald die neuen Entscheidungsträger ihre Ämter angetreten haben, werden wir diese Informationsarbeit fortsetzen. Jedem Politiker muss klar sein, dass eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung und der GOZ fatale Folgen für die zahnmedizinische Versorgung in Deutschland hätte – auch für die gesetzlich Versicherten. Viele Praxen wären in ihrer Existenz bedroht. Wir würden Gefahr laufen, in der Zahnmedizin den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren.

Im Kampf um den Erhalt einer hochwertigen Zahnmedizin zählen wir auch auf Ihre Unterstützung. Schließlich hat auch jeder Abgeordnete einen Zahnarzt.

Ihr

Dr. Janusz Rat